

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Verlagsnummer: 25841  
Kass.-Nr. Dresd. Nr. 20011  
Schaltstation n. Hauptstadt-Dresd. Nr. 20011  
Dresden - K. L. Marienstraße 20/21

Belegblätter bei täglich zweimaliger Zeitung monatlich 2.40 Mk. (einmalig 1.20 Mk. für den Abnehmer), bei halbjähriger Bestellung 11.40 Mk. (einmalig 5.70 Mk. für den Abnehmer), bei jährlicher Bestellung 21.40 Mk. (einmalig 10.70 Mk. für den Abnehmer). Die einseitige 30 mm breite Seite des Bl. ist auf 40 Wg. Standardgewicht und 40 Wg. Standardgewicht ohne Rabatt 15 Wg., oberhalb 20 Wg., bis 30 mm breite Seitenfläche 200 Wg., oberhalb 300 Wg. Offerten werden 30 Wg. Kundentage Kultur oder neuen Veranstaltung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 10 4 Dresden, Kadestraße 10/11, Dresdner Nachrichten (Dresden, Postf.) 20011, Universitäts-Schriftdruckerei werden nicht aufbewahrt

## Scharfe Zusammenstöße im Außenauschuss

### Curtius verteidigt seine Polen-Politik

Berlin, 2. Dez. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Dienstagvormittag unter Vorsitz des Abg. Dr. Fricke (D.S.) zusammen, um sich mit der Unterdrückung der Deutschen in Polen und den von der Reichsregierung hiergegen zu unternehmenden Schritten zu befassen. Reichsaußenminister Curtius gab einen Überblick über diese Dinge, und es entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Die übliche Vertraulichkeit der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses wurde diesmal besonders streng gehandhabt. Wie das Nachrichtenbüro des Reichstages mitteilt, ist es zu scharfen Auseinandersetzungen im Ausschuss gekommen. Man glaubt, daß die Beratungen über die polnischen Zwischenfälle mit der Annahme einer Entschliessung enden werden.

die deutsche Minderheit in Polen endlich einmal Ruhe erhalte.

### Dr. Steible zieht sich aus der Politik zurück

Innsbruck, 2. Dez. Bekanntlich hat der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Tiroler Bauernbundes in scharfer Weise gegen Dr. Steible, der bekanntlich auch Mandatar des Bauernbundes ist, Stellung genommen. Nunmehr hat Dr. Steible an den Landeshauptmann Dr. Stumpf als Obmann der Tiroler Volkspartei und des Tiroler Bauernbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß ihn die Erfahrungen der letzten Jahre drängen, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen. Auf seine Stellung als Heimatwehrführer geht Dr. Steible in diesem Schreiben nicht näher ein. Es ist daher noch unbestimmt, ob der Abschied von der aktiven Politik auch das Ausscheiden Dr. Steibles aus der Heimatwehrebewegung zur Folge hat. Darüber wird erst die Führerversammlung der Tiroler Heimatwehren am Donnerstag entscheiden. Einige Tiroler Heimatwehrgruppen, darunter die starke Gruppe Hall, die Mißtrauensbeziehungen gegen die Führer der Tiroler Heimatwehren veröffentlicht hatten, sind von der Landesleitung aus dem Heimatwehrverband ausgeschlossen worden.

folgendes: „Die Wege, auf denen Frankreich und Deutschland zu einem Ausgleich und einer Annäherung streben, um herauszukommen aus alter Feindschaft,

und hinzukommen zu ehrlicher und aufrichtiger Freundschaft, sind schwierig und dornenvoll. Infolgedessen hat unser kameradschaftlicher Verkehr nicht ganz so sein können, wie Sie und ich ihn gewünscht hätten. Ich möchte aber zwei Dinge Ihnen gegenüber ausdrücklich betonen: Wir achten und schätzen nicht nur Ihre Person, wir achten auch die Armee, die Sie hier repräsentieren. Wir bewundern ihre Vaterlandsliebe, ihre Tapferkeit und ihre Führung. Wir glauben auch, daß im französischen Offizierskorps, in der französischen Generalität unsere Schwierigkeiten, unsere Wünsche und unsere nationalen Notwendigkeiten einseitig beurteilt werden. Zwischen aktiven Offizieren, zwischen Berufssoldaten herrscht ja eine gewisse internationale Kameradschaft, die das gegenseitige Sichverstehen erleichtert.

Gewiß ist der aktive Soldat der berufsmäßige Vertreter einer rein nationalen Einstellung, bei Ihnen wie bei uns. Aber er vergißt und vermisst auch am schnellsten den aus dem Kriege stammenden Volkshass, weil er weiß, daß beide Parteien nur ehrlich ihre nationale und kriegerische Pflicht getan haben.

Diese Erkenntnis ist die Grundlage eines gegenseitigen Verständens und damit, wie ich hoffe, auch einer Verständigung. Die deutsche Armee steht einer gerechten und ehrlichen Verständigung, aus der sich eine ehrliche Freundschaft entwickeln könnte, nicht entgegen. Allerdings muß hierbei vom Prinzip der Gleichberechtigung ausgegangen werden. Ein Unterdrückter wird nie mit seinem Unterdrücker ehrliche Kameradschaft schließen, und nur ehrliche Kameradschaft hat Wert. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas und trinke auf Ihr Wohl und das Wohl der durch Sie repräsentierten französischen Armee.“

Inzwischen ist als neuer französischer Militärattaché in Berlin der Oberleutnant Chapouilly eingetroffen, der zuletzt im Kabinett des französischen Kriegsministers tätig war und früher dem Generalstab des Versailler Militärkomitees unter Vorsitz des Marschalls Foch angehört hat.

## Verleumdungen gegen die deutsche Reichswehr

### Falsche Behauptungen Franklin-Bouillons

Berlin, 2. Dezember. Bekanntlich hat die Erklärung des Reichswehrministeriums zur Abrüstungsfrage in französischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen. Ein sattem bekanntes Berliner Einblattn hat nun geglaubt, Frankreich gegenüber den Feststellungen der Kommission in Schutz nehmen zu sollen und hat den Reichswehrminister gebeten, sich zu einigen Behauptungen zu äußern, die der französische Abgeordnete Franklin-Bouillon in der französischen Kammer über die Rüstungen aufgestellt hatte. Die erste Behauptung lautete folgendermaßen: „Während in dem französischen Budget für Munition eine Summe von 800 Millionen Franken ausgeworfen ist, gibt man in Deutschland 471 Millionen Franken aus.“

Land, wenn die anderen Nationen nicht abrüsten, sich mit seiner eigenen Abrüstung auf die Dauer nicht abfinden kann, da dies ein Zeichen der Ungleichheit und Unterlegenheit wäre. Was wird dann werden? Keine sofortige Krise wird kommen, aber ein allmählicher Zusammenschluß Deutschlands mit Italien und vielleicht auch mit Rußland und allen kleineren Nationen, die mit den Friedensverträgen unzufrieden sind. Auf diese Weise werden wir zurückkehren zu dem alten System der Bündnisse und zu einem Rüstungswettrennen.

Hierzu wird vom Reichswehrministerium erklärt, daß diese Zahlen falsch sind.

Nach dem „Annuaire Militaire“ von 1930 hat Deutschland nicht nur für Munition, sondern für Bewaffnung, Munition und Ausrüstung zusammen im Jahre 1929 insgesamt 72,88 Millionen Mark, also ungefähr die von Franklin-Bouillon behauptete Zahl ausgegeben. Frankreich hat nach dem sicher unverdächtigsten „Annuaire Militaire“ in demselben Jahre nicht 800 Millionen, sondern über 1800 Millionen Franken für Waffen, Munition und Ausrüstung ausgegeben.

### „Der Soldat kennt keinen Volkshass“

Eine Rede des Generals von Hammerstein-Equord Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung  
Berlin, 2. Dez. In der ausländischen Presse sind zum Teil irreführende Nachrichten über die Rede verbreitet, die der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord, anlässlich des Abschiedsfrühstücks des von Berlin scheidenden französischen Militärattachés, des Generals Tournès, gehalten hat. Da diese Rede für die Beziehungen der Reichswehr zur französischen Armee nicht ohne Wichtigkeit ist, wird jetzt vom Reichswehrministerium ihr Wortlaut bekanntgegeben. In der Ansprache sagte er u. a.

### 7000 Metallarbeiter streiken in Hannover

Hannover, 2. Dez. In der hannoverschen Metallindustrie ist infolge von Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt worden. Es seien 7000 Arbeiter. Der Tarifvertrag war bereits am 31. Oktober von den Arbeitgebern gekündigt worden. Da man sich aber über einen Verhandlungstermin nicht einigen konnte, ließ der Arbeitgeberverband in einem Anschlag bekannt machen, daß mit sofortiger Wirkung die Tariflöhne auf die seitiger Tariflöhne (Grundlohn plus 15 Prozent) zurückzuführen seien. Die Arbeitnehmer erblickten in dieser Maßnahme eine Kündigung und verlangten die Zurücknahme des Anschlages. Da dieser Forderung nicht entsprochen wurde, weigerten sie sich, die Arbeit weiterzuführen.

### Ferner behauptet Franklin-Bouillon

Deutschland dürfe nur 1026 Maschinengewehre haben, habe aber Mittel angefordert und ausgegeben, die für 20000 Maschinenengewehre reichen. Ebenso könne es an Stelle von 255 Kanonen 1952 Kanonen anschaffen. Wie Franklin-Bouillon zu diesen Zahlen gekommen ist, darüber berichtet man sich im Reichswehrministerium vergesslich die Köpfe. Wahrscheinlich hat er die Summe für Waffen, Munition und Ausrüstung aus dem gesamten Wehretat von 1924/30 zusammengesetzt und unter Zugrundelegung eines willkürlichen Kostensaßes für die einzelnen Waffen herausdividiert, wie viel Waffen sich für dieses Geld anschaffen lassen.

Diese Beweisführung ist natürlich lächerlich.

Wir könnten die Gegenrechnung anstellen, daß Frankreich aus seinen von 1925 bis jetzt bewilligten Mitteln für Bewaffnung jeden Soldaten seiner Armee mit einem 21-Zentimeter-Mörser ausrüsten könnte. Die verhältnismäßig hohen Kosten für Waffen, Munition und Gerät in Deutschland sind leicht zu begründen. Sämtliche Waffenfirmen, mit Ausnahme je einer Fabrik für jede Waffengattung und Munition, wurden zerstückelt. Für Deutschland besteht ein Ausfuhrverbot für Waffen und Munition. Die geringen Produktionsmengen erhöhen selbstverständlich den Preis, die Monopolstellung der wenigen Firmen verhindert eine gesunde Konkurrenz in der Preisbildung.

Der Reichswehrminister hat in seinem Interview vor den Journalisten gesprochen, denen das Ausland die falschen Angaben über die deutschen Rüstungen verdante.

Durch die Auslassungen in jenem oben zitierten Blatte wird dieser Hinweis des Reichswehrministers nur neu bekräftigt.

### Das Gröner-Interview im englischen Urteil

London, 2. Dezember. Im „New Chronicle“ schreibt J. A. Spender: Eine Erklärung wie die des Reichswehrministers vom vorigen Sonnabend muß ernst genommen werden. Sie bringt das zum Ausdruck, was nahezu alle Deutschen empfinden, daß nämlich Deutsch-

## Brünnings parlamentarische Chancen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Dez. Der Reichstag, der morgen wieder zusammentritt, wird sich alsbald mit Anträgen der Opposition zu befassen haben, die zur Wiederherstellung der eben erst erlassenen Notverordnung des Reichspräsidenten führen sollen. Außerdem werden sicherlich verschiedene Mißtrauensvoten gegen das Kabinett und Einzelmitglieder der Regierung einlaufen. Wir haben bereits die Möglichkeit, daß der Reichstag eine Mehrheit zur Wiederherstellung zusammenbringt, als nicht bestehend bezeichnet. Diese Auffassung wird neuerdings durch Verlautbarungen des sozialistischen Zentralorgans, des „Vorwärts“ bestätigt. Hier erregt der Abg. Breitscheid das Wort, der zwar einige Spalten hindurch verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 vorbringt, im übrigen aber erneut erklärt,

Sozialdemokratie schließlich heute sitzen, die das Erfurter Programm noch nicht ganz verlassen haben, so besteht die wenn auch schwache Eventualität, daß sich doch noch im Reichstag Schwierigkeiten einstellen, denen der Reichskanzler nicht gewachsen ist. Bei dieser Betrachtung ist allerdings Wirtschaftspartei und Landvolkspartei restlos zur Opposition gezählt.

Die Landvolkspartei wird Schwierigkeiten haben,

diese Opposition durchzuhalten, weil der Reichskanzler indes berühmte Funktionen mit Anarchismamassnahmen in der Notverordnung angewandt hat. Der Christlich-sozialen Volksdienst ist bei diesen Berechnungen in die Front der Regierungsparteien gestellt. Aber auch die Christlichsozialen haben es nicht ganz so leicht. Ihr Einfluß für die Wahl Lübes zum Reichspräsidenten hat ihr in der Abhängigkeit sehr viel Schwierigkeiten bereitet, und die Wahlrückfälle in Bielefeld und in Bremen haben sie noch nachdenklicher gemacht. Die Volkspartei büßt sich allerdings in der Front der Brünnings-Parteien. Inzwischen hat auch der Hannoversche Bauernbund sein Votum für das Kabinett Brünings abgegeben.

In der deutschen nationalen Presse

werden schon heute in hartem Maße die verfassungsrechtlichen Bedenken angemeldet, die sich zum Teil auch die Sozialdemokratie zu eigen macht, ohne allerdings daraus Konsequenzen zu ziehen. Aber auch in demokratischen Zeitungen kommt klar zum Ausdruck, daß man sich in der Behandlung der kritischen Fragen nicht sonderlich behaglich vorfindet. Da aber der stärkste Wille in den Mittelparteien zweifellos beim Reichskanzler liegt, wird dieser bei dem Geschick, das er in der Behandlung ähnlich gelagerter Fälle schon wieder-

159